

Nds. Ministerium für
Ländlichen Raum, Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Referat 303
Postfach 243
30002 Hannover

Göttingen, 31.10.2014

Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP)
Stellungnahme zum Entwurf der Änderung und Ergänzung 2014
Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. §6 NROG

Stellungnahme der Nonnenstieg-Bürgerinitiative

Die Stadt Göttingen nimmt im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens Stellung zum Entwurf der Änderung und Ergänzung 2014 des Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP). Ein von der Verwaltung ausgearbeiteter Textvorschlag wurde am 9.10.2014 im Bauausschuss des Stadtrates verabschiedet.

Darin heißt es unter anderem:

"Ergänzend ist anzumerken, dass die Innenentwicklung auf zunehmende Schwierigkeiten stößt, seien es massive Einwohnerbeschwerden/ -proteste, naturfachliche Hindernisse oder fehlende Grundstücksbereitstellung."

Uns drängt sich eher der Eindruck auf, als vertrete die Stadtverwaltung in ihrer Stellungnahme mehr ihre eigenen Interessen als die der Bürger unserer Stadt. Dies gilt sowohl für diese Passage als auch die in der städtischen Stellungnahme ausführlich erläuterte Forderung nach Beibehaltung der **Oberzentrums-Funktion** und den Wunsch, auch weiterhin riesige Flächen gewerblich überplanen zu können. Wir sehen darin eine schwerwiegende und das Nachhaltigkeitsprinzip weitgehend ignorierende Fehlentwicklung.

Flächenverbrauch

Göttingen hat in den letzten 20 Jahren keinen einzigen Einwohner hinzugewonnen, jedoch kam 20 % an bebauter Fläche hinzu. In erster Linie für Gewerbeflächen und riesige Parkplätze. Die Verkehrsströme in die Stadt haben unkontrolliert zugenommen.

Bis in die jüngste Vergangenheit wird immer weiter **Fläche verbraucht**. Bei Vergrößerungen der Verkaufsflächen von Einkaufsmärkten fordert die Stadt nicht, die Fläche auf ein zweites und drittes Stockwerk auszudehnen, sondern genehmigt immer wieder großflächige Bodenversiegelungen, um die Märkte in die Breite auszudehnen. Als Beispiel sei die Vergrößerung eines Supermarktes 2013 Am Steinsgraben genannt, wo jeglicher Gedanke sofort verworfen wurde, dass ein Supermarkt mitten in einer Stadt auch ein zweites Stockwerk haben könnte.

Diese wertvollen Flächen in den an den Innenstadtbereich angrenzenden Lagen stehen für Wohnraum nicht mehr zur Verfügung. Im Norden und im Westen ist inzwischen alles großflächig zugebaut. Im Osten liegt der kaum überplanbare Göttinger Wald, im Süden hat die Bevölkerung sich in einer Befragung gegen eine Umgehungsstraße (und anschließende unkontrollierbare Bebauung) ausgesprochen. Die Stadt steht nun vor einem Dilemma, das sie in einer jahrzehntelangen undurchdachten Raumplanungspolitik selbst generiert hat. Nur wenige Restflächen in ausgesprochen unattraktiven Gewerbegebieten bleiben noch, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.

Dass es zu Einwohnerprotesten gegen eine viel **zu starke Verdichtung von Innenstädten** kommt, wenn extrem dichte Wohnbebauung auf den letzten verbleibenden Grünflächen ("Baulücken") in bestehenden Wohngebieten durchgesetzt werden soll, kann nicht verwundern - auch angesichts der schlechten Erfahrungen, die in den 1970er Jahren mit einer solchen Baupolitik gesammelt wurden.

Dem **grenzenlosen Flächenverbrauch für Gewerbegebiete** sollte Einhalt geboten werden. Wir halten das Argument der Oberzentrums-Funktion für vorgeschoben. Auch ist zu beobachten, dass es immer die freie Landschaft und darin Ackerflächen von unschätzbarem gegenwärtigen und zukünftigem Wert sind, die großflächig überplant werden. Oder die letzten grünen Oasen in der Kernstadt. Ihren Namen verdienende Ausgleichsflächen hierfür sind schon lange nicht mehr vorhanden.

Die Stadtverwaltung in Göttingen verhält sich unbeeindruckt der fortschreitenden Entwicklung immer noch so, als wären wir alleine auf diesem Planeten und die freie Landschaft Niedersachsens ein Verbrauchsgut, das unbegrenzt nachlieferbar wäre.

Wir begrüßen ausdrücklich eine Raumplanungspolitik, die dieser Fehlentwicklung entgegensteuert.

Einwohnerbeschwerden und -proteste

Die *Nonnenstieg-Bürgerinitiative* kanalisiert und bündelt derzeit massive **Einwohnerproteste** in Bezug auf das **IWF-Bauprojekt am Nonnenstieg**. Hierzu wird zur Zeit ein Bebauungsplan erstellt. Dabei war uns von Anfang daran gelegen, uns konstruktiv mit sinnvollen Vorschlägen am Wohnbauprojekt zu beteiligen und zu bewirken, dass ein für die Bewohner des Stadtviertels erträglicher Rahmen gefunden wird. Dazu hätte in unserem Fall die GFZ von 0,95 auf etwa 0,65 herabgesetzt werden müssen. Eine noch dichtere Bebauung wäre aufgrund der besonderen Reliefsituation auf dem Grundstück sowie der charakteristischen Bebauung in der näheren Umgebung nach einhelliger Meinung im Stadtviertel nicht vertretbar. Zwei Jahre später müssen wir feststellen, dass es nicht möglich zu sein scheint, sich in Göttingen konstruktiv an einer Planung zu beteiligen. Dies scheint ein Unterschied zu anderen Städten zu sein, vor allem in Süddeutschland, wo Bürger mit in solche Planungen einbezogen werden und ihre Vorstellungen in die Entwürfe sichtbar einfließen.

Interessenausgleich ist ein integraler Bestandteil von Raumplanung, und damit auch von Bauleitplanung. Die Stadt hat am 24.06.2013 zwar eine Bürgerversammlung durchgeführt, jedoch die von praktisch allen Bürgern aus dem Stadtviertel geäußerte Ansicht, das Bauprojekt sei erheblich überdimensioniert, im weiteren Verlauf der Planung vollständig ignoriert. Von der GFZ-Vorgabe 0,95 rückte die Stadt nicht ab. Ein Interessenausgleich fand nicht statt.

Von der Öffentlichkeit wurden in der B-Plan-Auslegung mehr als 400 unterschiedliche Verbesserungsvorschläge eingereicht. Nur ein einziger (eine Baumpflanzung betreffender) wurde berücksichtigt. Angesichts eines solchen Verhaltens seitens einer Stadtverwaltung ist keine andere Reaktion als Einwohnerproteste gegen eine kompromisslose Planung zu erwarten. Wir meinen, die Stadt schwächt ihre in ihrer Stellungnahme geäußerten Bedenken durch ein solches Verhalten in einer entscheidenden Weise.

Als Interessengruppe der von einem Großbauprojekt betroffenen Einwohner im Stadtviertel stehen wir vor der Situation, über keine ausreichenden **politischen Druckmittel** zu verfügen, um Kompromisse in einer Bauleitplanung bewirken zu können. Die Stadtverwaltung hat sehr gute und enge Kontakte zu einem Privatinvestor, dessen Interessen viel zu stark vorgezogen werden. 2012 war eine Planung ohne Bürgerbeteiligung vorgestellt worden, die also nur mit dem Investor ausgehandelt worden war, und im Rahmen derer 57 % der auf dem Grundstück stehenden Bäume hätten gefällt werden müssen (ca. 100 Bäume, wir nehmen dies als ein Maß für die geplante Baudichte, da Stadt und Investor mit den Zahlen zur baulichen Dichte herumtricksen). Der aktuelle B-Plan-Entwurf zwei Jahre später 2014 nach einer angeblichen Berücksichtigung von Bürgerinteressen sieht vor, dass 56 % der Bäume gefällt werden. Diese Zahlen entsprechen dem Verhältnis 400:1 im vorigen Absatz, und untermauern dieselbe Kernaussage. Die angebliche Bürgerbeteiligung hat sich nicht in einem sichtbaren Ergebnis niedergeschlagen. Dies liegt nur daran, dass wir keine politischen Druckmittel in der Hand haben.

Das Mittel des **Einwohnerantrags** verpufft, da auch im Erfolgsfall die Stadt trotz enormer Anstrengungen seitens der Bürger (3500 Unterschriften wären nötig) keine Verpflichtung und keinen Grund sehen

müsste, sich auf die Bürger zuzubewegen.

Wir halten dieses Mittel für wirkungslos und bitten die Landesregierung darum, in der Gesetzgebung ein Bürgerbegehren mit dem Ziel eines **Bürgerentscheids** auch für Bauleitplanungen zuzulassen (mit unterschiedlichen Quoren in Großstädten und Dörfern). Dies würde die Stadt motivieren, schon im Vorfeld sichtbar auf ihre Bürger zuzugehen und mit ihnen gemeinsam erarbeitete Kompromisse anzubieten. In etlichen Bundesländern ist dies bereits möglich.

Für die *Nonnenstiege-Bürgerinitiative*,

Dr. Elizabeth Gregorius, Sprecherin

Dr. Francisco Welter-Schultes, Pressereferent

E-mail Sprecherin (Elizabeth Gregorius): sprecherin@nonnenstieg-buergerinitiative.de

E-mail Pressereferent: fwelter@gwdg.de

Homepage: www.nonnenstieg-buergerinitiative.de